



Thesenpapier zur Sicherheitspolitik, Nr. 5/2015

Sicherheitspolitische Aspekte der EU-Energiapolitik

von *Attila Steiner*

Teilnehmer des Seminars für Sicherheitspolitik 2015

Eine funktionierende und abgesicherte Energieinfrastruktur ist existentiell für die europäische Gesellschaft insgesamt und hierbei insbesondere für die Wirtschaft. Energieengpässe bzw. sicherheitsrelevante Gefahren stellen somit ein enormes Risiko dar, sodass eine stärkere Einbindung in sicherheitspolitische Debatten geschehen müsste. Besonders der Ausbau bestehender Infrastruktur im Energiesektor wird seit langer Zeit seitens der Wirtschaft verschleppt, was ein Alarmsignal für dringenden Handlungsbedarf der Politik bedeutet. Der Autor greift diese Thematik auf und diskutiert die sicherheitspolitischen Aspekte der EU-Energiapolitik. Mit seinen Vorschlägen zu umfassenden Maßnahmen für eine robuste und anpassungsfähige europäische Energieinfrastruktur zeigt er auf, welche Herausforderungen zu meistern, aber gleichzeitig auch welche Lösungsvorschläge dafür diskutiert werden könnten.

Die europäische Energieinfrastruktur ist das Rückgrat der europäischen Gesellschaft und Wirtschaft. Ohne eine zuverlässige Energieversorgung sind die Souveränität, Stabilität und der Wohlstand unseres Kontinents nicht zu gewährleisten. Deswegen ist das Schaffen einer modernen Energieinfrastruktur, die eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung gewährleistet, eine der obersten Prioritäten der Europäischen Union.

Energie steht für die europäischen Bürger und wirtschaftlichen Akteure auf Knopfdruck zur Verfügung. Gleichwohl haben zahlreiche unerwartete Störungen und Ereignisse in den letzten Jahren demonstriert, dass es gar nicht selbstverständlich ist, dass unsere Energieversorgung jederzeit gewährleistet ist. Einerseits sind die Grenzen von vollständig liberalisierten Märkten klar geworden: Marktmechanismen sind nicht für den Umgang mit Schocksituationen geeignet. Andererseits ist die Rolle der Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Resilienz unserer Energieinfrastruktur für die zukünftige Stabilität und Sicherheit Europas viel deutlicher geworden.

Dennoch bietet das derzeitige wirtschaftliche Umfeld keine ausreichenden Signale, unserer Energieinfrastruktur zu modernisieren. Marktmechanismen und die bisher verwendeten Instrumente haben in einem unberechenbaren Umfeld nur einen moderaten Fortschritt erreicht. Um die Risiken zu reduzieren und die notwendigen Investitionen zu beschleunigen, sollten neue Strategien, innovative Instrumente und die im Folgenden vorgeschlagen, konkreten Maßnahmen angewandt werden.

Die Herausforderung des Infrastrukturausbaus

Vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise haben zahlreiche Anleger in den Ausbau der Energieinfrastruktur investiert. Entsprechende Projekte gewährleisteten eine sichere und langfristige Rendite bei moderatem Risiko. Weil der Energieverbrauch Europas kontinuierlich wuchs, sicherten regulierte Tarife stabile Gewinne. Zusätzlich konnten teure Infrastrukturprojekte von günstigen, auf dem Finanzmarkt zur Verfügung stehenden Ressourcen finanziert werden. Die europäische Energiestrategie wurde in dieser, von Stabilität und Wachstum geprägter Epoche entwickelt; daher wurde die öffentliche Debatte von neuen Wachstumsmöglichkeiten, Marktliberalisierungsprozessen und Nachhaltigkeitsthemen dominiert.

Die Annahme von Stabilität und Vorhersehbarkeit der europäischen Energiemärkte ist in den letzten Jahren verschwunden. Der Energiesektor wurde innerhalb kurzer Zeit von mehreren beispiellosen Schocks und Ereignissen erschüttert: die Ölpreise sind auf einen historischen Höchststand gestiegen, dann plötzlich gesunken; die globalen Finanzmärkte sind innerhalb weniger Tage zusammengebrochen; die russischen Gaslieferungen über die Ukraine wurden wochenlang angehalten und die Katastrophe von Fukushima hat unerwartete Reaktionen in vielen Mitgliedstaaten provoziert. Unter der Berücksichtigung des erhöhten Drucks auf die Staatshaushalte, der Mangel an finanziellen Ressourcen und des zurückgehenden Energiebedarfs, sind Infrastrukturentwicklungsprojekte für die Anleger erheblich riskanter geworden.

Trotz der daraus resultierenden Zurückhaltung der Investoren kann der Ausbau des europäischen Energienetzes aus folgenden Gründen nicht verschoben werden. Erstens ist die Energieinfrastruktur der EU veraltet. Zweitens sind unsere Netze nicht dafür geeignet, den steigenden Anteil erneuerbarer Energie zu integrieren und in ihrem gegenwärtigen Zustand den zukünftigen Energiebedarf zu decken. Drittens bieten die vorhandenen Netze bei Störungen der Energieversorgung nur einen ungenügenden Puffer. Deswegen ist der Aufbau einer robusten und anpassungsfähigen europäischen Energieinfrastruktur eine der größten Herausforderungen für die EU in diesem Jahrzehnt. Laut der Europäischen Kommission benötigt der Ausbau einer entsprechenden hochmodernen Energieinfrastruktur Investitionen in Höhe von 200 Milliarden Euro.

Flexibilität und Resilienz als zukünftige Erfolgsfaktoren

Angesichts der beispiellosen Ereignisse in den letzten Jahren, wird die Versorgungssicherheit eine entscheidendere Rolle in der Energiepolitik spielen. Unsere künftigen Energienetze sollten in der Lage sein, mit Störungen bei der Energieversorgung und mit der variablen Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen umgehen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es zwei Gruppen an Maßnahmen und Instrumenten: Maßnahmen für den Aufbau eines robusten Binnenmarkts und proaktive Instrumente für eine besser koordinierte Energieaußenpolitik.

Die Robustheit und die Resilienz unserer Energiemärkte könnten durch einen vollständig integrierten Energiebinnenmarkt deutlich gesteigert werden. Ein gut funktionierender Binnenmarkt würde den Zugang für alle Mitgliedstaaten zu Energieressourcen steigern und gleichzeitig die negativen Wirkungen einer potenziellen Störung der Energieversorgung auf das gesamte Netz verteilen. Ein gut funktionierender Energiebinnenmarkt könnte durch das Schaffen einer robusten, transeuropäischen Energieinfrastruktur und die Harmonisierung der Infrastrukturregelung aufgebaut werden.

Maßnahmen für den Ausbau einer robusten europäischen Energieinfrastruktur

Um eine robuste Infrastruktur zu schaffen, sollten die EU und die Mitgliedstaaten im ersten Schritt die fehlenden Verbindungsleitungen zwischen den Mitgliedsländern so schnell wie möglich ausbauen. Derzeit sind

mehrere Länder aufgrund unzureichender Verbindungskapazitäten mit geringer Marktliquidität und hohen Energiepreisen konfrontiert. Die erheblichen Preisunterschiede zwischen den nationalen Märkten zeigen deutlich, dass die Mitgliedstaaten einen stärkeren grenzüberschreitenden Zugang zum flexiblen Energiebinnenmarkt brauchen. Dieses Ziel könnte durch den folgenden Maßnahmen erreicht werden:

Als erster Schritt sollten die Regulatoren absichern, dass die vorhandenen Infrastrukturen hinsichtlich der nötigen Redundanzen bestmöglich genutzt werden. Deswegen sollten die Mitgliedstaaten die **Durchsetzung des Prinzips „Use it or lose it“** strenger kontrollieren: wenn die gebuchte Infrastruktur nicht vollständig genutzt wird, um künstlich die Preise nach oben zu treiben, sollte der Inhaber der Infrastruktur die freie Kapazitäten verlieren. Diese Kapazitäten sollten dann für andere Marktteilnehmer zugänglich werden. So könnte man die Situation vermeiden, dass die Energienetze - aufgrund kurzfristiger und besonderer Interessen - blockiert oder nicht völlig ausgelastet sind und trotzdem überlappende Infrastrukturen ausgebaut werden. Durch die rigorose Anwendung dieses Prinzips können Marktakteure erhebliche finanzielle Ressourcen einsparen.

Zweitens sollte die EU die **Energieinfrastrukturprojekte** effektiver fördern. Die Gasversorgungskrise im Januar 2009 war in diesem Sinne ein wichtiger Weckruf für Europa. Trotz der Marktliberalisierung und der Existenz einer gut ausgearbeiteten EU-Energiestrategie hat die zweiwöchige Unterbrechung der russischen Gaslieferungen deutlich gezeigt, wie anfällig unsere Energiemärkte sind. Es wurde offensichtlich, dass die zentral-europäische Märkte immer noch fragmentiert sind und der entscheidende Teil der Umsetzung unserer Energiestrategie immer noch vor uns liegt. Konkrete Maßnahmen und die Beschleunigung der Investitionen sind unvermeidbar, um eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung in der ganzen EU gewährleisten zu können.

Um die Risiken der Energieinfrastrukturentwicklung zu reduzieren und die notwendigen Investitionen zu fördern, hat die Europäische Kommission ein neues Instrument ins Leben gerufen. Aufgrund eines transparenten Auswahlprozesses werden Infrastrukturentwicklungsprojekte ausgewählt, die eine besondere Rolle bei der Vollendung des Energiebinnenmarkts spielen. Die ausgewählten Projekte, die im Gemeinschaftsinteresse liegen, profitieren von beschleunigten Genehmigungsverfahren und finanzieller Unterstützung aus dem EU-Haushalt. Dieses Instrument wird die Risiken, die im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten verbunden sind, erheblich verringern und den Aufbau eines Energiebinnenmarkts signifikant voranbringen.

Drittens sollten die **regionalen Kooperationen** zwischen Mitgliedstaaten intensiviert werden. Bei der Finalisierung des Binnenmarkts spielen die regionalen Unterschiede eine entscheidende Rolle. Die west-europäischen Märkte verfügen über völlig andere Markteigenschaften als die Märkte der zentral-ost-europäischen Mitgliedstaaten. Dementsprechend kann man mit konventionellen west-europäischen Lösungen in dieser Region in der Praxis nur einen moderaten Fortschritt erzielen.

Die **historische Erfahrung der zentral-osteuropäischen Länder** zeigt deutlich, dass die regionalen Gruppierungen und die regionale Lösungswege der Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle bei der Vollendung des Energiebinnenmarktes spielen. Diese Länder haben in den letzten 50 Jahren gelernt, dass die Erdgasversorgungssicherheit weder durch eine ferne, zentrale Planungsbehörde noch durch divergente nationale Strategien gewährleistet werden kann. Mehr Koordination, gemeinsame Strategien und konkrete regionale Maßnahmen sind erforderlich, um die benötigte Robustheit und Flexibilität der Energienetze steigern zu können. Glücklicherweise kommt Brüssel immer mehr zu der Erkenntnis, dass die regionalen Initiativen bei der Durchsetzung der EU-Energiestrategie eine entscheidende Rolle spielt und „one size fits all“-Lösungen an ihre Grenzen stoßen.

Alle zentral-osteuropäische Energiemärkte (hauptsächlich im Erdgassektor) verfügen aufgrund historischer Gründe über eine besondere Charakteristik. Während der sowjetischen RGW-Ära wurden in der Region Ost-West Gastransitleitungen ohne irgendwelche Nord-Süd Verbindungen gebaut, um den exklusiven Lieferantenstatus Russlands zu sichern. Trotz des eingängigen Namens des RGW, der die gegenseitige Wirtschaftshilfe zwischen den sozialistischen Mitgliedstaaten förderte, war es unwahrscheinlich, dass diese Mitgliedstaaten eine effektive Form von bilateraler Zusammenarbeit im Energiebereich schaffen können.

Die Situation wurde noch schwieriger, als die Sowjetunion als exklusiver Gasversorger der Region, zusammenbrach. Um eine regionale Krise zu vermeiden, war das oberste Ziel der Energiediplomatie die Erhaltung der bestehenden Gaslieferungsverpflichtungen Russlands. Die nationalen Energiestrategien, die aus vielen unkoordinierten Investitionen und divergenten nationalen Regelungen bestanden, haben die Anfälligkeit der Region nicht reduziert. Die schwierige wirtschaftliche Lage, der hohe Anteil der Energieimporte, die fragmentierten nationalen Märkte und die starren regionalen Infrastrukturnetze boten keinen energiepolitischen Handlungsspielraum für die zentral-osteuropäischen Länder.

Schließlich sind für diese durch den Beitritt zur EU neue Perspektiven entstanden. Obwohl die EU vielversprechende Konzepte vorgelegt hat, ist der Ausbau einer integrierten regionalen Infrastruktur in der Praxis nicht vorangekommen. Trotz des EU-Beitritts neuer Mitgliedstaaten haben die Entscheidungsträger in Brüssel die riesigen Unterschiede zwischen regionalen Märkten immer noch nicht realisiert: 2008 wurde zum Beispiel durch den European Economy Recovery Plan eine siebte Verbindungsleitung zwischen Belgien und Frankreich finanziert, obwohl es noch keine einzige Verbindung zwischen vielen zentral-osteuropäischen Ländern gab. Deswegen haben nationale Entscheidungsträger in den neuen Mitgliedsstaaten erkannt, dass sie ihre Interessen proaktiver artikulieren müssen. Um eine koordinierte Antwort auf die Herausforderungen zu geben und geschlossen für die finanziellen Quellen auftreten zu können, ist eine intensive Zusammenarbeit unter der Visegrád-4-Kooperation und die Donau-Strategie entstanden.

Harmonisierte Regeln für eine funktionierende Infrastruktur

Trotz aller Bestrebungen kann eine hervorragende Hardware ohne die nötige Software-Ausstattung nicht funktionieren. Deswegen braucht Europa harmonisierte Regeln für den optimalen Aufbau einer robusten Energieinfrastruktur in den folgenden Feldern:

Erstens sollten die Netzbetreiber und Marktteilnehmer **harmonisierte technische Regeln und Regeln für den Handel anwenden**, um den internationalen Energiehandel zu verbessern und das Volumen grenzüberschreitender Energieströme zu steigern. Die Verhandlungen über eine harmonisierte Regelungspaket, die sogenannten Netzkodizes werden in den kommenden Jahren zu mehr Transparenz und Vereinfachung der Rahmenbedingungen für den Energiehandeln beitragen.

Zweitens sollten die Mitgliedstaaten garantieren, dass **die Energienetze für alle Akteure zugänglich sind**. Die Entflechtung der Energienetze von Energieerzeugung und der strengen regulatorischen Aufsicht ermöglichen einen nicht-diskriminierenden Zugang zu den Energienetzen, der letztendlich die Liquidität des Marktes und den Wettbewerb von verschiedenen Ressourcen fördert. Die Durchsetzung des dritten Energiepakets¹ ist eine wichtige Voraussetzung in dieser Hinsicht.

¹ Die Richtlinien 2009/72/EC, 2009/73/EC und die Verordnungen 713/2009/EC, 714/2009/EC, 715/2009/EC führen wichtige strukturelle Änderungen ein, die hinsichtlich eines funktionierenden Energiebinnenmarkts unverzichtbar sind.

Drittens sollte die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) über genaue Informationen darüber verfügen, was auf dem europäischen Energiebinnenmarkt passiert. Aufgrund ihrer neuen Befugnisse und mit der Anwendung modernster IT-Technologien sollte ACER in der Lage sein, ein **transparentes Bild über die Energieströme und Markttransaktionen** zu generieren, um ihre Marktaufsichtsaufgaben erfüllen zu können.

Als viertes Element sollte die Notwendigkeit eines proaktiven, koordinierten Markteingriffsmechanismus für Krisensituationen betont werden. Die EU Verordnung Nr. 994/2010² führt wichtige reaktive Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung in der EU ein. Trotzdem fehlt ein umfassendes Aufsichts- und Warnsystem mit einem dementsprechenden proaktiven Aktionsplan, um mit zukünftigen Störungen bei Importlieferungen erfolgreich umgehen könnte.

Ein weiteres Defizit ist, dass es eine ähnliche Regelung für den Strommarkt nicht gibt, obwohl die hohe Volatilität der erneuerbaren Stromerzeugung und die potenziellen, unerwarteten Ausfälle von Stromerzeugungsanlagen leicht einen grenzüberschreitenden Stromausfall auslösen könnten. In dieser Hinsicht sollte die Cybersicherheit und der Schutz kritischer Infrastrukturen viel stärker betont werden.

Proaktive EU-Energieaußenpolitik: von „divide et impera“ zum EU-Energienachrichtendienst

Eine robuste und anpassungsfähige Energieinfrastruktur ist für die Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung, wenn das Energiemolekül unsere Grenzen erreicht. Dennoch haben die Ereignisse der letzten Jahre verdeutlicht, dass die Mitgliedsstaaten nicht über eine solche Infrastruktur verfügen. Aufgrund des steigenden globalen Wettbewerbs um knappe Energieressourcen sollte die EU international strategischer und aktiver agieren, um ihre energiepolitische Interesse auf globaler Ebene effektiv zu vertreten und ihre ungestörte Energieimportversorgung zu sichern. Einerseits ist die Beschaffung eines effizienten EU Energiebinnenmarkts eine wichtige Voraussetzung, damit sich die energiepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten annähern. Andererseits braucht man die folgenden proaktiven außenpolitischen Maßnahmen und mehr Koordination zwischen den Mitgliedstaaten und externen Partnerstaaten. Nur so lassen sich gemeinsame Interessen in internationalen Verhandlungen erfolgreich durchsetzen.

Erstens spielen die **Diversifizierung von Energiequellen und die Transitwege** für die europäische Energieversorgungssicherheit eine entscheidende Rolle. Ein erheblicher Anteil unserer schwankenden Energienachfrage wird durch mehrere tausend Kilometer entfernte Energiequellen gedeckt. Deswegen ist es wichtig, dass an den Grenzen unseres Energiebinnenmarkts unterschiedliche Energiequellen zur Verfügung stehen.

Trotz unserer klar definierten Strategie der Diversifizierung gibt es immer noch erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Die baltischen Staaten sind von einer einzigen Erdgasquelle abhängig; 70-80% der zentral-osteuropäischen Gaslieferungen kommen aus Russland. Wegen des Mangels an alternativen Versorgungsquellen gibt es keinen echten Wettbewerb zwischen den verschiedenen Lieferanten und folglich sind die erwarteten positiven Wirkungen der Marktliberalisierung in diesen Ländern kaum erkennbar.

² Die Verordnung soll eine sichere Erdgasversorgung gewährleisten und dazu beitragen, dass der Erdgasbinnenmarkt bei einer Versorgungsstörung reibungslos funktioniert.

Die Konkurrenz verschiedener Gasquellen, die Steigerung der Flüssiggasversorgung und der Aufbau des südlichen Gaskorridors spielen bei der Verwirklichung eines ausgewogenen Gasversorgungsportfolios Europas eine entscheidende Rolle. Der südliche Gaskorridor hat die kritische Größe, die benötigte Liquidität in mittel-osteuropäischen Raum zu schaffen; kleinere Flüssiggasprojekte und Gasspeicher bieten genügend Flexibilität, um die plötzlichen Schwankungen von Angebot und Nachfrage bewältigen zu können.

Neue Quellen und Transitwege könnten einen echten Wettbewerb zwischen verschiedenen Gasquellen schaffen und Europa ermöglichen, von einer Diversifikationsstrategie zu profitieren. Die entscheidende Frage ist, wie diese Diversifizierungsstrategie der EU in die Praxis durchgesetzt werden kann. Einerseits könnten die nationalen Netzbetreiber, die sich mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sehen, regionale Gruppierungen formen, um den hohen Investitionsbedarf dieser Projekte zu bewältigen. Andererseits könnten die EU und die Mitgliedstaaten durch Public-Private Partnerships und innovative Finanzinstrumente die Risiken für Investoren deutlich senken und dadurch zur Beschaffung wichtiger Transitinfrastrukturen beitragen.

Als zweiter Schritt müsste die EU über **ein umfangreiches und genaues Lagebild über die wichtigsten Trends auf den globalen Energiemärkten** verfügen. Die EU hat mit den neuen Befugnissen von ACER die ersten Schritte gemacht, um die Entwicklung des europäischen Energiebinnenmarktes besser zu verstehen und die Markttransaktionen überwachen zu können. Dennoch haben unsere Entscheidungsträger darüber geringe Informationen, wo unsere Energieunternehmen weltweit tätig sind, was auf den globalen und Nachbarmärkten passiert und welche Konsequenzen diese Ereignisse auf unsere Versorgungssicherheit haben könnten. Um unsere Interessen auf globaler Ebene besser artikulieren und die Versorgungssicherheit der EU verbessern zu können, sollte die EU eine Energie- und Klimainformationsbehörde oder eine dementsprechende Abteilung in der Europäische Kommission schaffen, die unseren Entscheidungsträgern, Unternehmen und Diplomaten mit unabhängigen Statistiken, Analysen und Projektionen über den globalen Energiemärkten unterstützen könnte.

Selbstverständlich bringt alleine eine robuste Importinfrastruktur und eine genaue Lagebeschreibung von einem „EU-Energienachrichtendienst“ nicht das erhoffte Ergebnis. Als dritter Schritt müsste die EU **die Effizienz ihrer internen Koordinierung** erheblich steigern. Derzeit profitieren die energieexportierenden Länder enorm vom Mangel an EU-Koordinierung und der Aufrechterhaltung verschiedener Vertragsbedingungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Um unsere 500 Millionen Verbraucher effektiv zu vertreten und die Verhandlungsposition der EU zu verbessern, sollten unsere Mitgliedstaaten den Informationsaustausch untereinander und der Kommission fördern und bei externen Verhandlungen strategischer agieren. Die EU sollte bei ihren externen Handelspartnern deutlich machen, dass die „divide et impera“-Strategie nicht mehr durchsetzbar ist.

Um die europäische Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten, sollte die EU als vierten Schritt in die unmittelbare Nachbarschaft „mehr Stabilität exportieren“ und diese Länder mit innovativen energiepolitischen Maßnahmen eng in den EU Energiemarkt einbinden. Die Energiegemeinschaft, in deren Rahmen die EU-Rechtsvorschriften auf die Erweiterungs- und Nachbarländer ausgeweitet werden sollten, bietet eine ausgezeichnete Plattform für die Modernisierung und Integration des Energiesystems der Nachbarregion. Deswegen sollte diese Plattform mit finanziellen Ressourcen, stärkeren Institutionen und effektiveren Durchsetzungsmechanismen gekräftigt werden.

Als fünfter Schritt sollte die EU ihre **außenpolitischen Instrumente** wie zum Beispiel die G7-G8-G20-Formate **mit strategischen Partnern systematischer nutzen**. Mehr Aufmerksamkeit sollte auf neuen globalen Herausforderungen wie Cybersicherheit oder Klimaschutz liegen. Die Kohärenz mit anderen außenpoli-

tischen Instrumenten, wie zum Beispiel der Handels- oder Entwicklungspolitik, die zu der Energieversorgungssicherheit erheblich beitragen können, sollte auch strategischer und koordinierter herbeigeführt werden.

Ziel: souveräne und stabile Energieversorgung der EU

Um die sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung Europas in der Zukunft gewährleisten zu können, sollten die oben genannten Maßnahmen und Instrumente auf verschiedenen Ebenen umfassend um- und eingesetzt werden. Die Ereignisse der letzten Jahre haben verdeutlicht, dass die Implementierung unserer Energiestrategie eine erhebliche Herausforderung ist: erstens sollte die Resilienz und die Flexibilität unserer Energieinfrastruktur deutlich gesteigert werden, um unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig bewahren zu können; zweitens ist mehr Koordination sowohl auf EU als auch auf regionaler und nationaler Ebene erforderlich; drittens sind innovative Instrumente zum Eingriff in den Markt unvermeidbar, um Marktversagen zu begegnen und in Krisensituationen handlungsfähig zu bleiben.

Die Herausforderungen sind offensichtlich groß. Dennoch ist die Europäische Union so konstruiert und gewachsen, dass sie das Erreichen dieser strategischen Ziele ermöglichen kann. Einerseits ist die europäische Integration ein hervorragender Prozess, um unsere Märkte zu verbinden, einen robusten Energiebinnenmarkt zu schaffen und gemeinsame Interessen zu identifizieren, um sie dann international zu artikulieren. Andererseits garantieren die dezentralen Systeme, national-regionale Charakteristika sowie die unterschiedlichen Energiemixe von Mitgliedstaaten eine Vielfalt und Flexibilität, die für Resilienz und Anpassungsfähigkeit eine zentrale Rolle spielen. Deswegen bestehen gute Chancen dafür, die Europäische Union für die Zukunft fit zu machen und durch das Anwenden energiepolitischer Maßnahmen zur Souveränität, zur Stabilität und zum Wohlstand unseres Kontinents beizutragen.